

## Anfrage

der Abgeordneten Schmidt

an Frau Landesrätin Bildung, Familien und Soziales Mag.<sup>a</sup> Christiane Teschl-Hofmeister

### **betreffend 1000 digitale Endgeräte in Schulen**

Gemäß OTS Aussendung vom 22.03.2020 sollten seitens des Landes rund 1.000 Endgeräte organisiert und an SchülerInnen verteilt werden. Zutreffend wurde in der Aussendung auch festgehalten, dass ein mangelnder Laptop kein Grund dafür sein soll, dass Kinder nicht zu ihrem Lernstoff kommen.

Nachdem in den Schulen die zuständigen IT-MitarbeiterInnen die zur Verfügung gestellten Geräte entsprechend aufgesetzt und konfiguriert hatten, konnten diese auch von den SchülerInnen rund zwei Wochen vor den Sommerferien benutzt werden. Gegen Schulende wurden die Geräte von den SchülerInnen wieder an die Schulen zurückgestellt.

Bemerkenswert ist, dass die Endgeräte seitens des Landes kurz nach Ferienbeginn wieder eingezogen wurden. Wo sich diese nunmehr befinden ist ebenso wenig bekannt, wie der Grund für diese Maßnahme. Dieses Einkassieren der Geräte stellt auch offensichtlich einen niederösterreichischen Sonderweg dar, da jedenfalls der Bund die Geräte zumindest in den Schulen belässt.

Sollte es im Herbst wieder zu „COVID-19 Maßnahmen“ an den Schulen kommen, ist somit (wie bereits vor der Pandemie) nicht sichergestellt, dass alle SchülerInnen, welche ein Endgerät benötigen auch (rechtzeitig) eines erhalten werden.

Die Gefertigte stellt daher an Frau Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Teschl-Hofmeister folgende

### ***Anfrage:***

1. Wie viele von den angekündigten 1.000 digitalen Endgeräten wurden den niederösterreichischen SchülerInnen tatsächlich zur Verfügung gestellt?
  - a. Für wie viele davon hat das Land NÖ die Kosten übernommen und wie hoch waren diese?

- b. Haben sich auch Unternehmen und Private an der Aktion beteiligt und wenn ja, mit wie vielen Geräten?
2. Weshalb wurden die Endgeräte im Sommer wieder eingezogen und werden nicht an den Schulen belassen?
3. Wo werden diese Geräte derzeit gelagert?
4. Wie soll sichergestellt werden, dass im Falle einer neuerlichen Einschränkung des Regülarbetriebes an den Schulen die SchülerInnen rasch und unbürokratisch zu den erforderlichen Geräten kommen?